



Es gilt das gesprochene Wort!

Eröffnungsrede

Fachkongress der BAGFW am 23./24.10.2008 in Berlin „Freie Wohlfahrtspflege gegen pädagogische und soziale Bestrebungen rechtsextremer Organisationen“

Prälat Dr. Peter Neher

Sehr geehrte Damen und Herren,

ganz herzlich begrüße ich Sie zum Fachkongress der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zum Thema „Freie Wohlfahrtspflege gegen pädagogische und soziale Bestrebungen rechtsextremer Organisationen“.

Die Idee für diesen Kongress ist anlässlich eines Gespräches der Generalsekretäre und Hauptgeschäftsführer der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege mit Ihnen, Herr Bundesminister, im Februar des letzten Jahres entstanden. Sie baten die Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege um Rat und Hilfe, wie der Zulauf von Jugendlichen zu rechtsradikalen Organisationen gestoppt werden könnte. Sie fragten an, welchen Beitrag hierzu die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege leisten können und zukünftig leisten wollen. Dieses Anliegen wurde von uns gerne aufgegriffen. Denn die Wohlfahrtsverbände sehen es aufgrund ihres Selbstverständnisses als ihre Pflicht an, sich auch mit diesem Thema auseinander zu setzen.

Unser Ziel mit der heutigen Veranstaltung ist, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem kommunalen Bereich und den Verfassungsschutzbehörden die derzeitige Situation zu analysieren und entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Wir werden sehen, welchen Beitrag örtliche Gliederungen der Verbände leisten können, um gefährdete Jugendliche zu erreichen und durch ihre Arbeit das Rekrutierungspotential für rechtsradikale Organisationen einzuschränken. Notwendig sind nachhaltige Konzepte, eine dauerhafte Finanzierung und ein verstärkter Personaleinsatz. Von Bedeutung ist auch eine besondere Qualifizierung und Kompetenzsteigerung der Mitarbeitenden vor Ort. Diese Veranstaltung ist also weniger eine Bekundung unserer Einstellung gegen rechts. Ich glaube, einer solchen Bekundung bedarf es hier nicht. Es geht uns darum, praktische Ansätze vorzustellen sowie gemeinsam Strategien zu entwickeln, um Unterwanderungen und rechtsextreme Beeinflussung zu verhindern.

Unsere heutige Veranstaltung verstehen wir als eine Art Auftaktveranstaltung und als Beginn einer Debatte. Die Fachtagung soll Auftakt sein für weitere Aktivitäten der Freien Wohlfahrtspflege in diesem Bereich – Veranstaltungen zu anderen Facetten des Themenkomplexes sind angedacht.

Wir freuen uns, dass die Bundesregierung durch Bundesprogramme und Initiativen ihren Beitrag leistet, um Beratungsnetzwerke aufzubauen, bürgerschaftliches Engagement zu stärken und Träger zu unterstützen. An den Bundesprogrammen und Initiativen sind selbstverständlich auch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege beteiligt. In den Programmen und Initiativen werden Strategien entwickelt, die früh ansetzen und Kinder und Jugendliche stark ma-

chen gegen die Einflüsse von Rechtsextremen und deren Versuche, die Kinder und Jugendlichen zu beeinflussen. Dies ist eine Aufgabe für alle gesellschaftlichen Kräfte. Dazu zählen Bund, Länder, Kommunen, Kirchen, Vereine, Initiativen und vor allem die Bürgerinnen und Bürger.

Besonders hervorheben möchte ich hier die Initiative „Orte der Vielfalt“, die von der Bundesregierung initiiert und von zahlreichen Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie Organisationen und Verbänden unterstützt wird. Jüngst hat die Initiative Orte ausgezeichnet, die beispielhaftes Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gezeigt haben. Die Orte setzen ein wichtiges Signal, nämlich dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland keine Chance haben. Demokratieverständnis und Toleranzbewusstsein bei Kindern und Jugendlichen sowie Zivilcourage wird gefördert.

Ohne den nachfolgenden Beiträgen vorgreifen zu wollen, möchte ich hier kurz skizzieren, von welchem „Phänomen“ wir reden, wenn über „Rechtsextremismus“ debattiert wird. Die Vertreter des Verfassungsschutzes, der Wissenschaft und der Praxis werden heute ihre Sichtweisen darstellen und dieses Phänomen in seiner Tiefe ausleuchten.

1. Das Phänomen Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus hat eine „Modernisierung“ erfahren, eine inhaltliche und eine taktische. Extremismusforscher haben analysiert, charakteristisch für Rechtsradikale seien die Ablehnung der Ideale Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Sie seien geprägt von den Ansätzen des Nationalsozialismus und Rassismus. In ihrem Gesellschaftsmodell gebe es keinen Platz für Zuwanderung, da der Mensch in ihrem Denken durch Rasse, Kultur und Geschichte vorbestimmt sei.

Rechtsextremismus heute zeige sich in verschiedenen Formen, so z. B. in der jugendlichen Subkultur gewaltbereiter Skinheads, in neonazistischen Gruppierungen, in Parteien, die darüber politischen Einfluss gewinnen wollen oder durch Verbreitung von rechtsextremem Gedankengut in Schriften, CD's, DVD's oder natürlich im Internet. Die heutige Welle des Rechtsextremismus startete in den Wendejahren 1989/90.

Dieser Rechtsextremismus hat mit dem Extremismus vergangener Jahre nicht viel gemein. Er hat sich ein neues „cooles und zeitgemäßes“ Image zugelegt und auch eine früher nicht für möglich gehaltene Professionalität entwickelt. Nach Angaben des Verfassungsschutzes gab es Anfang 2007 39.000 Rechtsextreme. Davon bilden 17.000 den Kern, die in NPD, DVU und Kameradschaften organisiert sind. Eigentlich sind das keine sehr großen Zahlen. Aber Rechtsextreme haben sich einer taktischen „Modernisierung“ unterzogen.

So konzentrieren sie sich inzwischen auf erfolgversprechende Arbeitsfelder und treten auch nach Außen anders auf. Sie verzichten bei Veranstaltungen beispielsweise auf früher bekannte Stereotype wie kahl rasierte Köpfe, Tätowierungen und Alkohol. Außerdem legen die Meinungsführer und der harte Kern der Rechtsextremen inzwischen Wert auf Bildung und bestimmte Schulungen, um besonders gut argumentieren zu können. Sie achten mehr darauf, strafbare Dinge zu vermeiden und nicht zu pöbeln.

Die Vertreter der neuen Rechtsextremen übernehmen gerne die Rolle des „sozialen Kümmerers“. Sie bemühen sich darum, sich in der Gemeinde für einen Kindergarten oder eine neue Infrastruktur einzusetzen. Sie kümmern sich um gemeinnützige Renovierungsprojekte, machen Jugendarbeit und helfen Senioren beim Einkaufen. Sie nutzen also auch die sozialen Nöte, insbesondere im Osten Deutschlands aus und gehen auf Jugendliche, alte Menschen oder sozial Benachteiligte zu, um sie für ihre Zwecke einzunehmen. Gerade diese Verhaltensweisen führen dazu, dass sich die gesellschaftlichen Institutionen und besonders die Freie Wohlfahrtspflege mit den rechtsextremistischen Organisationen auseinandersetzen müssen. Denn sie treten praktisch im Gewand sozial engagierter Menschen auf, um andere zu manipulieren und für sich zu gewinnen.

Zur Modernisierung gehört auch, dass neue Medien verstärkt genutzt werden. Websites als interaktives Medium sind für Rechtsextreme besonders attraktiv. Jugendliche sind geneigt, sich auf rechtsextremen Seiten, die zum Teil zunächst nicht als solche erkennbar sind, zu informieren. Neonazis nutzen moderne Medien und Websites wie You Tube. Sie versuchen, mit Musik und Videoclips Jugendliche gezielt im Internet anzuwerben. Die Zahl rechtsextremer Seiten ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Auch die Gestaltung der Szene-Websites ist inzwischen auf dem neuesten technischen Stand und kommt daher dem Bedürfnis der Jugendlichen entgegen, den neuesten Trends zu folgen und alle technischen Neuerungen „mitzunehmen“. Clips können heruntergeladen werden, die Websites sind interaktiv und bieten die Möglichkeit zur direkten Kontaktaufnahme. Durch Verlinkungen mit anderen Netzwerken steigt der Bekanntheitsgrad der Websites an und die Verbreitung nimmt immer weiter zu. Die Websites bieten den Jugendlichen Ansprache für ihre Nöte aber auch konkrete Hilfestellungen, wie die Vermittlung von Arbeitsangeboten, Nachhilfestunden oder Hilfe bei Behördengängen.

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, ihre Träger und andere Vereine müssen sich auch dem Problem stellen, dass rechtsextremistische Gruppierungen versuchen, in die klassischen Arbeitsfelder der Jugendarbeit oder des freiwilligen Engagements vorzudringen, wie Jugendrotkreuz, THW oder Freiwillige Feuerwehr, um nur einige Beispiele zu nennen. Die erforderlichen Gegenmaßnahmen werden heute und morgen zu diskutieren sein.

2. Prävention gegen Rechtsextremismus

Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass neben der politischen Auseinandersetzung mit den Zielen der Rechtsextremen auch Prävention betrieben wird, damit Kinder und Jugendliche nicht in den Bann der rechtsextremen Organisationen gezogen werden. Jugendliche müssen stark gemacht werden. Sie brauchen Räume, in denen sie ihre Freizeit sinnvoll verbringen und ihre Fähigkeiten ausprobieren können. Sie brauchen soziale Lernorte, an denen sie Solidarität erlernen und praktizieren können. Jugend- und Wohlfahrtsverbände bieten solche Orte und ermöglichen jungen Menschen im sozialen Engagement Sinn zu finden und mit Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und Milieus zusammenzukommen. Die Arbeit der Jugend- und Wohlfahrtsverbände hat aus meiner Sicht in diesem Bereich eine präventive Wirkung.

Aussteiger aus der Szene müssen die Möglichkeit der Umkehr erhalten. Sie müssen die Szene verlassen und sich rehabilitieren können. Daher kommen auch den Aussteigerprojekten wie „Exit“ eine besondere Bedeutung zu. Umso tragischer ist es, dass diesem Projekt – Zeitungsmeldungen zufolge – das Aus droht. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales startet im Herbst ein Sonderprogramm zur Unterstützung von Initiativen, die sich rechtsextremistischen Tendenzen entgegenstellen und Ausstiegswillige unterstützen. Das Fördervolumen beträgt 7 Mio. €. Dies ist sehr zu begrüßen.

3. Gesellschaftlicher Widerstand gegen Rechts

Bürgerinnen und Bürger, darunter auch die Mitarbeitenden in der sozialen Arbeit vor Ort müssen Zivilcourage und Engagement aufbringen. Dazu gehört, Überzeugungsarbeit an allen nur möglichen Stellen zu schaffen und die Menschen für dieses Thema zu sensibilisieren. Ein Beispiel einer erfolgreichen Initiative gegen rechts ist der „Aufstand“ der Demokraten und Bürgerinnen und Bürger gegen die „Initiative Pro Köln“. Diese Initiative hatte in Köln zu einem internationalen „Anti-Islamierungs-kongress“ eingeladen. Dieser Initiative wurde in einer beispiellosen Gegeninitiative der Bürgerinnen und Bürger von Köln in Zusammenarbeit mit zahlreichen gesellschaftlichen Kräften, Politikern, Vereinen, Künstlern, Gastwirten die „rote Karte“ gezeigt. Unter dem Druck von zehntausenden Gegendemonstranten und den Sicherheitsbehörden mussten die Rechten ihr Vorhaben aufgeben.

Rechtsextremen kann man auch effektiv begegnen, indem die eigentliche Intention ihres Handelns und ihrer Forderungen bloßgestellt werden. Die Konsequenzen der politischen Forderungen der Rechtsextremen müssen offenbart und die fehlende Problemlösungskompetenz aufgezeigt werden. Die demokratischen Kräfte müssen sich politisch mit den Zielen der

Rechtsextremen auseinandersetzen. Diejenigen Menschen, ganz besonders Kinder und Jugendliche, die für rechtsextremes Gedankengut und Agitation empfänglich sind, müssen für demokratische und zivilgesellschaftliche Strukturen zurück gewonnen werden.

4. Die Freie Wohlfahrtspflege gegen Rechtsextremismus

Das Thema Rechtsextremismus ist für die Freie Wohlfahrtspflege bislang kein zentrales Thema auf ihrer Agenda gewesen. Zentral ist für die Freie Wohlfahrtspflege der Einsatz für soziale Gerechtigkeit und Benachteiligte in der Gesellschaft sowie die konkrete soziale Hilfeleistung. Das Engagement der Wohlfahrtsverbände mit ihren beruflich und ehrenamtlich/freiwillig tätigen Mitarbeitenden leistet jedoch aus meiner Sicht einen elementaren Dienst im Kampf gegen die Ursachen des Rechtsextremismus. Denn Rechtsextremismus trifft besonders dort auf fruchtbaren Boden, wo Menschen keine Zukunft für sich sehen, nach Orientierung suchen und von Armut und Ausgrenzung betroffen sind. Die beste Prävention gegen Rechtsextremismus ist demnach eine wirksame Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Diese Aufgabe kann jedoch nicht allein durch die Politik und staatliche Institutionen geleistet werden. Sie braucht auch den Einsatz der Wirtschaft und der ganzen Gesellschaft.

Ein besonderer Fokus der Freien Wohlfahrtspflege liegt auf der Armutsprävention und der Verbesserung der Chancen von gering qualifizierten Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Die Verbände und Träger der Freien Wohlfahrtspflege sehen sich auch in der Eigenverantwortung als Arbeitgeber, Menschen berufliche Perspektiven zu geben. Ein weiterer zentraler Impuls der Freien Wohlfahrtspflege für die Risikoprävention gegen Rechtsextremismus ist das Engagement im Bereich Integration und Migration. Auf vielfältige Weise engagieren sich die Verbände für Toleranz und ein gelingendes Zusammenleben von Einheimischen und ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Diese Arbeit dient auch dazu, ein gesellschaftliches Klima zu stärken, das von Toleranz und Teilhabe für alle Menschen geprägt ist. Die Freie Wohlfahrtspflege fördert damit auch den Wertekonsens in unserer Gesellschaft. Sie rückt dabei auch die Rechte und Würde von Menschen in den Mittelpunkt, die am Rande stehen und nicht den Leistungsansprüchen der Gesellschaft entsprechen.

Ich sehe in dieser Tagung ein gutes Forum, danach zu fragen, wie die Freie Wohlfahrtspflege ihr unmittelbares und mittelbares Engagement gegen Rechtsextremismus noch verstärken und wie unsere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen staatlichen Akteuren, den zivilgesellschaftlichen Gruppen, Organisationen sowie der Wirtschaft ausgebaut werden kann. Ich danke Ihnen allen, die Sie sich an unserer Diskussion beteiligen und ihre Ansätze vorstellen. Ganz besonders danke ich Ihnen, Herr Bundesminister für Ihre Worte, die Sie gleich an uns richten werden. Im Anschluss an Ihren Vortrag wird Herr Ulrich Höckner die Erfahrungen der Caritas in Ostvorpommern zu diesem Thema vorstellen. Auch Ihnen, Herr Höckner, schon jetzt herzlichen Dank!

Prälat Dr. Peter Neher
Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft
der Freien Wohlfahrtspflege